



Neuordnung unmöglich

„Brauchen eine Verschweizerung Österreichs“ – Interview mit H. Androsch, & „Ein Irrweg, der Milliarden kostet“, 19. 8. Die beiden Artikel waren leider beide äußerst treffend. Eine Verwaltungsreform in Österreich ist längst überfällig, sie wurde schon in den Siebzigerjahren des vorigen Jahrhunderts anhand von Vergleichen mit der Schweiz propagiert, aber nie ernsthaft in Angriff genommen und scheitert an der ausgeprägten Reformresistenz aller Beteiligten: Wer will schon eingestehen, dass gerade sein Posten oder seine Verwaltungsebene überflüssig ist?

Gleiches gilt für das öffentliche Dienstrecht, das eine durchgängige Modernisierung der Dienste zumindest hemmt. Zu den Themen ÖBB und Landwirtschaft, so unterschiedlich sie auch sein mögen, gilt Ähnliches: Die Macht und das politische Gewicht der Nutznießer sind offenbar so stark, dass auch in diesen Bereichen eine sinnvolle Neuordnung unmöglich gemacht wird, das gilt gleichermaßen für die Lobbys im Bereich der Agrarökonomie wie für die Personalvertreter der Bahn.

Aufgeschoben ist nicht aufgehoben. Offenbar muss erst eine katastrophale Not-situation eintreten, die die Änderungen erzwingt: Die Leidtragenden sind dann aber nicht mehr jene, die sinnvolle Strukturänderungen heute verhindern.

Dr. Johannes Säuf
1010 Wien



Es gäbe viel zu lernen

Hannes Androsch spricht mir aus der Seele. Woran liegt es, dass die Politiker in Österreich glauben, sie haben die Weisheit mit dem großen Löffel gegessen! Immer wird nur von neuen Steuern gesprochen – als ob Steuern in Österreich auf schweizerischem Niveau wären – und kein einziger Politiker hat den Mut zu sagen, wir müssen endlich anfangen zu sparen.

Warum nimmt man sich eigentlich nicht ein Beispiel an der Schweiz? Sind die österreichischen Politiker gescheiter als die Schweizer? Oder ist dies eine Frage der Mentalität? Spielt hier noch immer die Überheblichkeit der k. u. k. Zeit eine so wichtige Rolle? Der Ausspruch von Staatssekretär Schieder vor einiger Zeit im Fernsehen ist symptomatisch für die politische Kultur im Lande. Auf die überraschend gute Situation bei den Steuereinnahmen angesprochen, hat er geantwortet: „In diesem Falle können wir uns ersparen zu sparen!“

Es ist an der Zeit, dass auch die Gewerkschaften, speziell im Schulsektor, an die Bevölkerung zu denken beginnen und nicht die „wohlerworbenen“ Rechte zu verteidigen. Ist es eigentlich notwendig, dass Lehrer Beamte sind? In der Schweiz sind die Lehrer Angestellte der Gemeinde oder des Kantons. Und werden von diesen auch bezahlt und entlassen, wenn sie unfähig sind. Es gäbe viel zu lernen von der Schweiz.